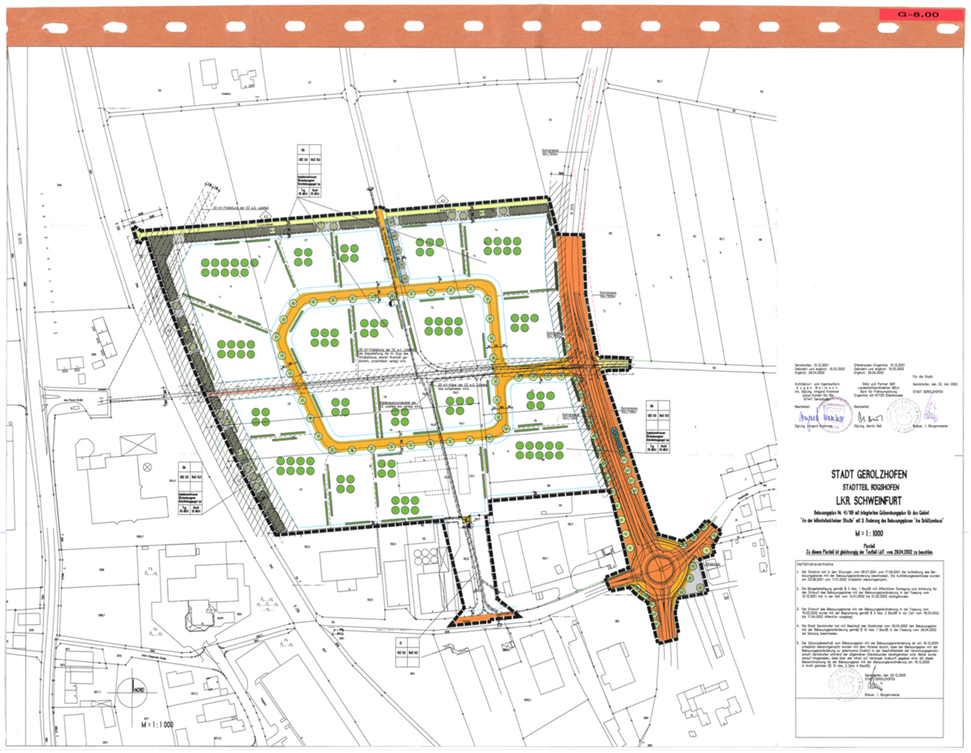


STADT GEROLZHOFEN
STADTTEIL RÜGSHOFEN

Bebauungsplan Nr. 41/99 mit integriertem Grünordnungsplan für das Gebiet "An der Mönchstockheimer Straße" mit 3. Änderung des Bebauungsplanes "Am Schützenhaus"

M = 1 : 1000

TEXTTEIL
Zu diesem Textteil ist gleichrangig der Plantell i.d.F. vom 29.04.2002 zu beachten.

Verfahrensvermerke

1. Der Stadtrat hat in den Sitzungen vom 09.07.2001 und 17.09.2001 die Aufstellung des Bebauungsplanes mit der Bebauungsplanänderung beschlossen. Die Aufstellungsbeschlüsse wurden am 03.08.2001 und 11.01.2002 ortsüblich bekanntgemacht.
2. Die Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Entwurf des Bebauungsplanes mit der Bebauungsplanänderung in der Fassung vom 10.12.2001 hat in der Zeit vom 14.01.2002 bis 01.02.2002 stattgefunden.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes mit der Bebauungsplanänderung in der Fassung vom 15.02.2002 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 18.03.2002 bis 17.04.2002 öffentlich ausgelegt.
4. Die Stadt Gerolzhofen hat mit Beschluß des Stadtrates vom 29.04.2002 den Bebauungsplan mit der Bebauungsplanänderung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 29.04.2002 als Satzung beschlossen.
5. Der Satzungsbeschluß zum Bebauungsplan mit der Bebauungsplanänderung ist am 16.12.2005 ortsüblich bekanntgemacht worden mit dem Hinweis darauf, dass der Bebauungsplan mit der Bebauungsplanänderung zu jedermanns Einsicht in der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Gerolzhofen während der allgemeinen Dienststunden bereitgehalten wird. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass über den Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben wird. Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan mit der Bebauungsplanänderung am 16/12.2005 in Kraft getreten (§ 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB).

Gerolzhofen, den 20.12.2005
STADT GEROLZHOFEN
Brüuer, 1. Bürgermeister

A) Festsetzungen für die bauliche Ordnung

1. Geltungsbereich

1.1 Grenze des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes mit der Bebauungsplanänderung

2. Abstandsflächenregelungen

2.1 Die Abstandsflächen gem. Art. 6 Abs. 4 und 5 BayBO sind einzuhalten.

3. Art der baulichen Nutzung

3.1 Das Planungsgebiet ist teilweise festgesetzt:

3.1.1 als beschränktes Industriegebiet gem. § 9 BauNVO i. V. mit § 1 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO.

3.1.1.1 Im beschränkten Industriegebiet GIb sind nur Betriebe und Anlagen mit einem immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel von LWA'' = 65 dB(A) am Tag und LWA'' = 55 dB(A) in der Nacht zugelassen.

3.1.1 als Industriegebiet gem. § 9 BauNVO.

3.2 Gem. § 1 Abs. 6 Ziffer 2 i. V. mit § 9 Abs.3 Ziffer 1 BauNVO wird je Grundstück die Errichtung von höchstens zwei Wohneinheiten für Aufsicht- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter allgemein zugelassen, wenn diese in die Betriebsgebäude integriert sind.
Freistehende Wohngebäude sind nicht zugelassen.

3.3 Gem. § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO wird weiter festgesetzt, dass die Errichtung von Einzelhandelsbetrieben, die Lebensmittel im Sortiment führen, nicht zugelassen ist.

4. Maß der baulichen Nutzung gem. §§ 16 ff. BauNVO

4.1 Zulässig sind im beschränkten Industriegebiet::

GRZ 0,8

BMZ 10,0

4.2 Zulässig sind im Industriegebiet::

GRZ 0,8

BMZ 9,0

5. Überbaubare Grundstücksfläche, Bauweise

5.1 Baugrenze

5.2 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

5.3 Bauweise

5.3.1 Es ist eine Dachneigung von 0 - 40° zugelassen.

6. Wendeflächen, Stellplätze

6.1 Auf den Baugrundstücken sind ausreichend bemessene Flächen zum Wenden von Fahrzeugen oder Umfahrten und ausreichend Stellplätze für das zu erwartende Fahrzeugaufkommen hernzustellen.

7. Mindestgröße der Grundstücke

7.1 Als Mindestgröße der Baugrundstücke wird 2.000 qm festgesetzt.

8. Verkehrsflächen

8.1 Öffentliche Straßenverkehrsflächen bestehend

8.2 Öffentliche Straßenverkehrsflächen geplant mit Bemessung

8.3 Öffentlicher Weg

8.4 Öffentlicher landwirtschaftlicher Weg

8.5 Straßen- und Wegbegrenzungslinie

8.6 Der Mehrzweckstreifen kann zur Herstellung einer ordnungsgemäßen Zufahrt für jedes Grundstück unterbrochen werden. (Vergleiche auch B) Hinweise zur baulichen Ordnung Ziffer 8.2)

8.7 Anbaufreie Schutzzone ab Fahrbahnrand mit Bemessung

8.8 Gem. Art. 23 Abs. 1 Bayer. Straßen- und Wegegesetz dürfen Hochbauten und bauliche Anlagen jeder Art, ausgenommen Einfriedungen in einer Entfernung bis zu 20 m entlang der Staatsstraße St 2275, bzw. gem. § 9 FStrG in einer Entfernung bis zu 40 m entlang Bundesstraße B 286 gemessen vom äußeren Fahrbahnrand der befestigten Fahrbahn, nicht errichtet werden.
Gleiches gilt für Aufschüttungen und Abgrabungen größeren Umfangs.

8.9 Sichtfelder gem. Art 26 BayStrWG, die von jeglicher Bebauung, Anpflanzung, Lagerung, Aufschüttung etc., die mehr als 0,80 m über die Verbindungsfläche der Straßenoberkanten hinausragen, freizumachen und freizuhalten sind. Bestehenden Gelände ist gegebenenfalls soweit abzutragen, daß die Sichtlinie(ab 0,80 m Höhe auch unter Berücksichtigung des Bewuchses gewährleistet ist.

9. Einfriedungen

9.1 Einfriedungen dürfen als Zäune höchstens 2,50 m hoch, als Mauern oder Mauersockel höchstens 0,80 m hoch sein.

9.2 Farbanstriche von Einfriedungsmauern oder Zäunen sind in gedeckten Farbtönen zu halten.

9.3 Die Einfriedungen sind bevorzugt mit blühenden und fruchttragenden heimischen Laubgehölzen zu hinterpflanzen.

9.4 Die Grundstücke sind entlang der Staatsstraße St 2275 und der Bundesstraße B 286 mit tür- und torlosen Einfriedungen zu versehen, so daß keine unmittelbaren Zugänge und Zufahrten zu diesen Straßen möglich sind.

10. Zulässige Ausführung der Gebäude

10.1 Für Farbanstriche sind gedeckte Farbtöne zu wählen.

10.2 Es sind nachstehende Dacheindeckungen zugelassen:
Tonziegel oder Betondachsteine, Faserzementplatten, beschichtetes Metall, Kunststoffflächplatten und Gründächer.

11. Solaranlagen

11.1 Auf den Dächern im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind Solar- und Photovoltaikanlagen zulässig.

12. Aufschüttungen und Abgrabungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 17 BauGB)

12.1 Aufschüttungen und Abgrabungen sind zugelassen.

13. Hauptversorgungsleitungen

13.1 Oberirdische Versorgungsleitung bestehend

13.2 unterirdische Versorgungsleitung

13.3 Schutzzone mit Bemessung entlang Versorgungsleitungen

13.4 Es wird darauhingewiesen, dass bei Maßnahmen im Bereich der 20-kV-Freileitungen mit den dazugehörigen Schutzzonen und im Bereich von Kabelanlagen der Mindestabstand gemäß der Norm DIN VDE 0105 Teil 1 eingehalten werden muß. Gegebenenfalls ist eine örtliche Einweisung notwendig. Darüberhinaus sind die jeweils gültigen Sicherheits-Merkblätter des zuständigen Energieversorgungsunternehmens zu beachten.

Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass bei der Errichtung von baulichen Anlagen im Bereich der 20-kV-Freileitungen mit den dazugehörigen Schutzzonen und im Bereich von Kabelanlagen die VDE-Richtlinie 0210 zu beachten ist, vor Beginn die Zustimmung des zuständigen Energieversorgungsunternehmen einzuholen und ein Abstand zu den Leiterseilen auch bei größtem Durchhang von mind. 3,00 m einzuhalten ist. Bewuchs muss einen Abstand von mind. 2,50 m zu den Leiterseilen einhalten. Auch ist auf den Grundstücken, die von der Leitungstrasse der 20-kV-Freileitung berührt werden, nur bedingt Kraftmast möglich.

Eine Mindestüberdeckung der Kabelanlagen muss jederzeit gegeben bleiben. Sofern bei Grabarbeiten Erdungsanlagen der Betonmaste freigelegt bzw. beschädigt werden, ist das zuständige Energieversorgungsunternehmen unverzüglich zu verständigen.

15. Flächen für Versorgungsanlagen

15.1 Fläche für Versorgungsanlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB nachrichtender Zweckbestimmung:

15.2 Elektrostat (Umformerstation)

16. Weitere Festsetzungen

16.1 Die Festsetzungen des Bebauungsplanes für das Baugebiet "An Schützenhaus" und 1. Änderung sowie 2. Änderung des Bebauungsplanes für das Baugebiet "An Schützenhaus" treten für alle in den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes Nr. 41/99 für das Gebiet "An der Mönchstockheimer Straße" mit 3. Änderung des Bebauungsplanes "Am Schützenhaus" einbezogenen Flächen mit Rechtskraft dieses Bebauungsplanes außer Kraft und werden durch die Festsetzungen dieses Bebauungsplanes ersetzt.

B) Hinweise zur baulichen Ordnung

1. Bestehende und vermarkte Grundstücksgrenzen
2. Vorgeschlagene Grundstücksneugrenzen
3. 123 Grundstücks- und Flurnummern
4. Vorhandene Gebäude
5. Baugrenzen, die entfallen

6. Grundwasser, versickerungsfördernde Maßnahmen, verschmutztes Oberflächenwasser, Dränagen

6.1 Grundwasser
Im Planungsgebiet kann hoher Grundwasserstand auftreten. Dieser ist von den Bauwerbern durch geeignete Untersuchungen festzustellen. Sollte der Grundwasserstand über der Kellersohle liegen, sind die Kellergeschosse mit geeigneten Maßnahmen z.B. wasserdichten Wannen zu schützen. Grundwasserschwankungen von ca. 1 m sollten berücksichtigt werden.

Das Ableiten von Grund-, Quell- oder Dränagenwasser in die Kanalisation ist nicht zulässig.

6.2 Versickerungsfördernde Maßnahmen

Die Versickerungsfähigkeit des Untergrundes ist von den Bauwerbern durch geeignete Untersuchungen festzustellen.

Es wird empfohlen:

- Bei der Bebauung und Gestaltung der Freiflächen, einschließlich Stell- und Parkplätzen das Versiegelungsgrad auf das unbedingt erforderliche Mindestmaß zu beschränken.
- Die Belagswahl für die Freiflächen primär auf die Verwendung versickerungsgünstiger Beläge, wie z.B. Pflaster mit Rasenfuge, wassergebundene Decke, Schotterrasen, etc., auszurichten.
- Unverschmutztes Oberflächenwasser (von Dach- und Hofflächen) z.B. zur Bewässerung von begrünten Freiflächen aufzufangen oder, soweit es die Untergrundverhältnisse zulassen, zu versickern.
  Die Überläufe von Versickerungssystemen können an die Kanalisation angeschlossen werden.

Für die Versickerungssysteme werden folgende Größen empfohlen:
Sammelbehälter: mind. 2,5 cbm pro 100 qm Dach- oder Hoffläche
Begrünte Mulden: mind. 1,5 cbm Muldenvolumen pro 100 qm Dach- oder Hoffläche
Schotterrigolen: mind. 3,6 cbm pro pro 100 qm Dach- oder Hoffläche

6.3 Unverschmutztes und verschmutztes Oberflächenwasser

6.3.1 Unverschmutztes Oberflächenwasser ist über die vorgesehenen Rückhaltungen abzuleiten.

6.3.2 Verschmutztes Oberflächenwasser ist der Kanalisation zuzuführen. Wenn das Oberflächenwasser mit ölhaltigen Stoffen in Verbindung kommen kann (Waschplätze, etc.),
sind Leichtflüssigkeitsabscheider einzubauen.

6.3.3 Der Einsatz von wassersparenden Armaturen wird dringend empfohlen.

6.3.4 Aufgefangenes, unverschmutztes Oberflächenwasser kann bei Beachtung der technischen Vorschriften zum Bewässern von Grünanlagen oder zur Toilettenspülung verwendet werden.

6.4 Dränagen

Vorhandene Dränstränge oder Hausdränagen dürfen nicht an den Abwasserkanal angeschlossen werden.

Angeschnittene Dränstränge sind im Bereich der Baugrube im Arbeitsraum zu verziehen und wieder zusammenzuschließen.

7. Denkmalschutz

7.1 Nach Art. 8 Abs. 1 des Bayer. Denkmalschutzgesetzes besteht eine Meldepflicht für Funde von Bodendenkmälern. Beobachtungen und Funde müssen unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern der Abteilung für Vor- und Frühgeschichte des Bayer. Landesamtes für Denkmalpflege, Außenstelle Würzburg und/oder dem Landratsamt Schweinfurt mitgeteilt werden. Nach Art. 8 Abs. 2 des Bayer. Denkmalschutzgesetzes sind aufgefundene Gegenstände und der Fundort unverändert zu belassen.

7.1.1 Westlich des Geltungsbereiches dieses Bebauungsplanes, getrennt durch die Bundesstraße 286, wurden Siedlungsbefunde der ausgehenden Jungsteinzeit beobachtet und entsprechende Funde geborgen. Das Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Würzburg, weist darauf hin, dass damit zu rechnen ist, dass sich diese Siedlungstätigkeit bis in den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes hinein erstrecken könnte.

8. Straßenverkehrsflächen geplant

8.1 Vorgeschlagener Fahrbahnquerschnitt (siehe Eintrag im Plan)

8.2 Entlang der Fahrbahnen sind teilweise Mehrzweckstreifen vorgesehen, auf denen abwechselnd Parkplätze, Grünflächen mit Bäumen, etc. angelegt werden. Die Ausbauplanung wird Einzelheiten festlegen, die von den Bauwerbern zu beachten sind.

9. Immissionsschutz

9.1 Bei der Genehmigung von Anlagen, die mit Lärm oder/und luftverunreinigenden Emissionen verbunden sind, ist die unters Immissionsschutzbehörde zu beteiligen.

9.2 Es wird darauf hingewiesen, dass bei Erforderlichkeit ein Einzelfall ein Nachweis über die Einhaltung der im Bebauungsplan festgesetzten immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel im Genehmigungsverfahren gefordert werden kann.

10. Beteiligung des Gewerbeaufsichtsamtes

10.1 Bei der Baugenehmigung gewerblicher Vorhaben ist gem. Art 69 Abs. 1 BayBO das Gewerbeaufsichtsamt zu hören.

11. Böschungen und dergleichen

11.1 Flächen, die beim Bau der öffentlichen Verkehrsflächen auf privaten Flächen benötigt werden und Böschungen, die sich beim Wege- und Straßenbau ergeben, sind im Bebauungsplan nicht gesondert ausgewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass sie zu den Baugrundstücken gehören. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass dies von den Anliegern hinzunehmen ist und Entschädigungsansprüche daraus nicht abgeleitet werden können.

12. Sonstige Hinweise

12.1 Etwaiger Fahrbahnaussverlauf in der öffentlichen Straßenverkehrsfläche, Wendekreisradius mit Vermaßung

12.2 Maststandort

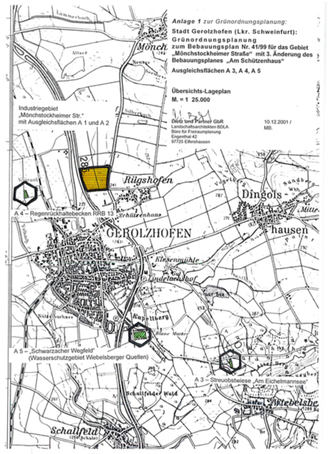
Gerolzhofen, 10.12.2001
Geändert und ergänzt: 15.02.2002
Ergänzt: 29.04.2002

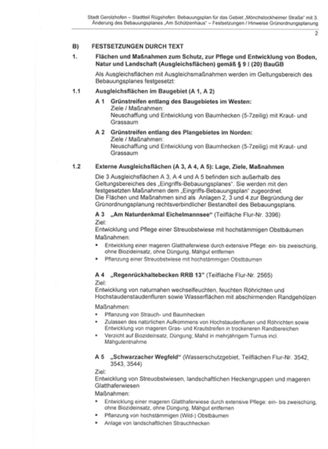
Für die Stadt:

Architektur- und Ingenieurbüro
Ing. Dipl.Ing. Irmgard Kraus
Engen Weimann
Julius-Echter-Str. 15a
97447 Gerolzhofen

Bearbeitet:
Dipl.Ing. Irmgard Kraus

Gerolzhofen, 22. Mai 2002
STADT GEROLZHOFEN
Brüuer, 1. Bürgermeister





Stadt Gerolzhofen (Lkr. Schweinfurt) – Stadtteil Rügshofen:
Grünordnungsplanung zum Bebauungsplan Nr. 41/99
für das Gebiet „An der Mönchstockheimer Straße" mit 3. Änderung des Bebauungsplanes „Am Schützenhaus"

ZEICHENERKLÄRUNG GRÜNORDNUNG

A) FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN DER GRÜNORDNUNG

1. **Öffentliche Grünfläche** nach § 9 (1) Nr. 15 BauGB mit Einhalungs- und Pflanzgeboten
2. **Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft** (mit Nr. der Ausgleichsflächen A 1 – A 5 laut Text Festsetzungen Ziff. 1.1)
   - Randeingrünung
   - Anlage eines Feldgehölzes
   - Ausgleichsfläche A 1 — Ausgleichsfläche A 2
3. **Erhaltungsgebot:**
   vorhandene Bäume, die zu erhalten sind
4. **Pflanzgebote auf öffentlichen Flächen:**
4.1 großkroniger Laubbaum I. Ordnung mit etweiger Standortbindung, Bindung nach Stückzahl und Arten nach Ziff. B 3.2 der textlichen Festsetzungen, Mindestgröße: Hochstämmiger Baum (Hi), 3 x verschult (2xv), Stammumfang (STU) 16-18 cm
4.2 großkroniger Laubbaum I./II. Ordnung, ohne Standortbindung, Bindung nach Stückzahl und Arten gemäß Ziff. B 3.2 der textlichen Festsetzungen, Mindestgröße H 3xv., STU 16-18 cm
4.3 landschaftliche Baumhecke mit etweiger Standortbindung, mit Mindestangabe der Pflanzzeilen (hier: 5-7zeilig), Anteil der baumartigen Gehölze ca. 5 %, Anteil der Sträucher ca. 95 %), Bindung nach Arten gemäß Ziff. B 3.2 der textlichen Festsetzungen Mindestgröße Sträucher: verschulte Sträucher (vStr) 70-90 cm; Mindestgröße Heister (Hei), 2xv, 150/200 cm;
5. **Pflanzgebote auf privaten Flächen**
5.1 Laubbaum I./II. Ordnung, ohne Standortbindung, Bindung nach Stückzahlen und Arten gem. Ziff. B 3.2 der textlichen Festsetzungen (mind. 3 Bäume / 2.500 m² Grundstücksfläche) Mindestgröße Hi, 3xv, STU 16-18 cm
5.2 landschaftliche Hecken und Gehölzgruppen entlang der Grundstücksgrenzen auf mind. 50 % der Grenzlänge, mind. 2zeilige Pflanzung,
Bindung nach Arten gemäß Ziff. B 3.2 der textlichen Festsetzungen, Mindestgröße Sträucher: verschulte Sträucher (vStr) 70-90 cm; Mindestgröße Heister (Hei), 2xv, 150/200 cm;
5.3 100 m² landschaftliche Strauchheckenpflanzung (mind. 2-zeilig) pro 2.500 m² Grundstücksfläche

1.3 Wiesenflächen, Krautsäume
Die vorgesehenen Wiesenflächen und Krautsäume sind extensiv (ohne Düngung, Bioziden satz, 1-2 schürig, Mähgutentfernung) zu pflegen bzw. zu nutzen.

1.4 Gestaltungsplanung / Durchführung
Für die Ausgleichsflächen sind in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde (Landratsamt Schweinfurt) Gestaltungspläne zu erstellen bzw.
Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen.
Die zeichnerisch und textlich festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen sind dabei zu beachten.

1.5 Vollzugsfristen
Die externen Ausgleichsmaßnahmen sind spätestens 2 Jahre nach Erschließungsbeginn abzuschließen. Die sonstigen internen Ausgleichsmaßnahmen A 1 – A 2 sind bei abschnittsweiser Erschließung spätestens zwei Jahre nach Erschließung des zugeordneten Abschnitts durchzuführen.

1.6 Zuordnung von Eingriff und Ausgleichsmaßnahmen
Den öffentlichen Straßenverkehrsflächen werden ..... % der Ausgleichsfläche A 5 mit Ausgleichsmaßnahmen zugeordnet.

2. Erhaltungsgebote
Unter Erhaltung wird verstanden: die unter Ziff. A 3.1 der zeichnerischen Festsetzungen der Grünordnung als zu erhalten festgesetzten Bäume und Gehölze sind wie sämtliche Pflanzungen ordnungsgemäß im Wuchs zu fördern, zu pflegen und vor Zerstörung zu schützen. Bei Ausfällen sind diese durch entsprechende Nachpflanzungen innerhalb eines Jahres zu ersetzen.

3. Pflanzgebote

**3.1